

DIE ZUKUNFT DES UNTERNEHMERTUMS

Armin-Carsten Josek
Landesvorsitzender Hessen
Die Jungen Unternehmer - BJU

zum 5. Karlsruher Verfassungsdialog
Die Gefährdung von Eigentum und Freiheit

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

13. Juni 2008, 15:45 Uhr

(Anrede)
(persönliche Vorstellung)

Sie werden mir die „Anmaßung von Wissen“ nachsehen, die mich über das Thema „Zukunft der Unternehmer“ sprechen lässt. Von der Zukunft ist ja nur soviel gewiss, dass sie auf jeden Fall kommen wird; ob sie eine attraktive Zukunft für die Unternehmerschaft in Deutschland und weltweit ist, ist wünschenswert und wahrscheinlich, aber nicht sicher. Was ich hier nicht als Wissenschaftler, sondern als Unternehmer bieten kann, ist allenfalls eine Trendextrapolation, namentlich von deutschen Verhältnissen und eigenen unternehmerischen Erfahrungen ausgehend und natürlich auch mein persönliches Wunschbild für die Zukunft sowie eine Schilderung der Hindernisse für die Realisierung meines Ideals, aus eigener unternehmerischer Erfahrung genommen. Ich möchte ferner auch einige Bemerkungen darüber machen, welche Rolle Unternehmer und Märkte spielen müssen, wenn wir überhaupt eine freundliche Zukunft haben wollen. Am guten Funktionieren unserer komplexen arbeitsteiligen Unternehmerschaft hängt ja nichts weniger als das Überleben der meisten von uns und der modernen Zivilisation überhaupt. Das machen sich offenbar nur wenige Kritiker des „Neoliberalismus“ und der „Globalisierung“ klar.

Rückblick

Gerade ist das große Experiment einer unternehmerfreien Gesellschaft zu Ende gegangen: das Sowjetimperium ist zusammengebrochen, mit ihm die zentrale Planwirtschaft, also die Illusion, man könne ohne den Knappheitsindikator der Märkte, den Preis, ohne findige Unternehmer im Wettbewerb überhaupt sinnvoll planen und produzieren. China hat seit über 20 Jahren den Markt wieder entdeckt, auch Indien, diese beiden Giganten Asiens.

Diese zentralisierte Planwirtschaft des Ostens war ja ein organisiertes Chaos. Sie konnte sich überhaupt nur so relativ lange halten, weil entschlossene Gewalt dahinter stand und weil eine weit ausgedehnte, illegale, aber doch notgedrungen geduldete Schattenwirtschaft, ich will nicht sagen das Leben, aber doch wenigstens das Sterben der Plan- oder Kommandowirtschaft verlängerte. Dieses System ist auch am Wissensproblem gescheitert. Das Wissen ist örtlich, zeitlich, individuell verstreut. Der Wettbewerb der Unternehmer ist ein Verfahren, dieses Wissen aufzuschließen und nutzbar zu machen. Der Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren, sagte Friedrich August von Hayek. Darauf musste der Sozialismus zu seinem Schaden verzichten. Ein Politbüro kann nicht alles wissen.

Irrlicht „soziale Gerechtigkeit“

Vergessen wir nicht, dass dieses System auch an einer untauglichen Ethik gescheitert ist, die Ethik der „sozialen Gerechtigkeit“. Es ist dies die Ethik des gleichen brüderlichen Teilens in der Horde und der zwangsweisen Solidarität. Sie ist ja leider auch in unserer wohlfahrtsstaatlichen Marktwirtschaft zu einem quasi religiösen Fetisch geworden, während die für das Funktionieren unserer Ordnung wichtigere Verfahrens- und Leistungsethik ganz in den Hintergrund getreten ist. Es ist auch, selbst unter den heute allzu spezialisierten Ökonomen, weitgehend unbekannt, dass die Marktwirtschaft nur auf Basis strenger ethischer Grundsätze gedeihen kann. Die Grundlage der Marktwirtschaft ist: **Moral!** Dies sind jene Regeln der Gerechtigkeit, wie sie z. B. teilweise in den Zehn Geboten formuliert sind: Du sollst nicht töten, Du sollst nicht stehlen, Du sollst nicht betrügen, Du sollst Verträge einhalten: ohne diese Grundregeln kann keine Marktwirtschaft der Welt existieren. Diese allgemeinen Regeln treten an die Stelle von Gewalt und Willkür. Sie sind vollkommen klar und eindeutig und werden in unserem Zivil- und

Strafgesetzbuch sanktioniert. Was dagegen „soziale Gerechtigkeit“ sein soll, ist ziemlich unklar. Wahrscheinlich bedeutet sie nur: Zwei, die weniger haben, einigen sich darauf, einem Dritten, der mehr hat, mit Zwang etwas wegzunehmen. Ein offener Verstoß gegen das Gebot: Du sollst nicht stehlen!

Unternehmerethik

Aber der Unternehmer hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das vorhandene Brot nicht zu teilen, sondern zu **vermehrten**. Er ist, wie Alfred Schüller, der Ökonom, einmal gesagt hat: **Professioneller Knappheitsüberwinder**. Er wird dafür belohnt, dass er die Bedürfnisse der Verbraucher befriedigt. Der durch Wettbewerbsbedingungen erzielte Gewinn zeigt, inwieweit er dabei erfolgreich war. Ich weiß nicht, wo hier ein ethisches Problem liegen soll, es sei denn darin, dass der eine erfolgreicher ist als der andere – aber das ist für mich ebenfalls kein Problem. Ich bin da ganz neidfrei ...

Es war die Unternehmerinitiative, die in Europa und inzwischen weltweit in den letzten 200 Jahren Armut als Massenerscheinung überwunden hat und täglich mehr überwindet. Sozialbehörden verwalten lediglich die Armut, Unternehmer überwinden sie. Unser Problem in Deutschland ist als Ergebnis der Unternehmertätigkeit: die Überernährung und nicht die Unterernährung der Konsumenten.

Der „schöpferische Zerstörer“

Die moderne Zivilisation steht und fällt mit der Figur des Unternehmers, dieses „schöpferischen Zerstörers“ wie ihn Schumpeter nennt. Meine Damen und Herren, die Zukunft wird umso besser sein, je mehr Unternehmer, oder wenigstens unternehmerisches Denken wir vorfinden. Eigentlich ist in einer modernen Gesellschaft **jedermann Unternehmer**, auch der sogenannte Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer muss seine Fähigkeiten und Talente spekulativ entwickeln und verwenden, auf Arbeitsmärkten bestmöglich verkaufen. Er ist für seine Fitness und die Attraktivität seines Angebotes selber verantwortlich. Es kann in einer dynamischen Gesellschaft keine absolute Sicherheit seines Arbeitsplatzes geben (so wenig wie eine Nicht-Insolvenz-Garantie für Unternehmer). Dies gibt es nur in einer stillstehenden Gesellschaft, in der unvorhergesehene Ereignisse nicht mehr vorkommen. Er wird genau wie der Unternehmer exakt nach dem Maße des Nutzens bezahlt, den er seinen Mitmenschen mit seiner speziellen Leistung bietet.

„Globalisierung“ heißt: unternehmerische Verknüpfung von bis dahin zum Teil abgeschotteten oder bloß regionalen Märkten. Mit der Globalisierung wird der Unternehmer **weltweit zur Leitfigur**. Und es ist klar, die Pflanze Unternehmer gedeiht dort am besten, wo es ein hohes Maß von wirtschaftlicher Freiheit gibt. Es gibt da einen Index der weltweiten ökonomischen Freiheit im Vergleich. Er zeigt statistisch die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand, Lebenserwartung usw. auf. Deutschland war einmal auf den vorderen Plätzen (dort sind jetzt Hongkong, Singapur, Irland, Australien, die USA und Neuseeland). Derzeit (2008) rangiert es auf Platz 23, nach Belgien, Barbados und Zypern. Dies ist beschämend und beunruhigend. Insgesamt ist die wirtschaftliche Freiheit weltweit auf dem Vormarsch. Insoweit können wir zuversichtlich sein, was die Zukunft des Unternehmers betrifft.

Nun frage ich mich, wie sieht es mit der unternehmerischen Gesinnung in der deutschen Bevölkerung aus? Welches Image hat eigentlich die Marktwirtschaft in Deutschland? Neue Schulbuchanalysen zeigen, dass der Unternehmer in deutschen Schulbüchern nicht als die

entscheidende dramatische Figur, sondern eher mit Distanz oder Vorurteil betrachtet wird. Leider ist ja unser ganzes Bildungswesen traditionell in der Hand des Staates. Wir haben eine (inkonsequente) Bildungsplanwirtschaft und die Staatswirtschaft geht ja jetzt bis in den Kleinstkindbereich (flächendeckende, steuerfinanzierte Krippenversorgung ab 2013). Aus diesen Strukturen mit beamteten Lehrern oder öffentlichen Angestellten kann natürlich kein unternehmerischer Geist wachsen. Wir brauchen weit mehr Privatinitiativen und Wettbewerb im Bildungswesen, ein **ausgedehntes Bildungsunternehmertum**. Die Jungen Unternehmer – BJU haben zwei Projekte laufen, die der Wirtschaftsfremdheit von Schülern bzw. Politikern entgegenwirken sollen: „Schüler im Chefsessel“, was wir schon seit Jahrzehnten betreiben und das Projekt „Seitenwechsel“. Beim „Seitenwechsel“ verbringen Politiker einen Tag im Unternehmen, aber auch Unternehmer einen Tag beim Abgeordneten.

Unternehmer und Manager

Das Ansehen des Unternehmertums wird gegenwärtig von Entgleisungen mancher Manager – nicht selten in Quasi-Staatskonzernen wie der Telekom oder der Post - angegagt. Wir Familien- und Eigentümerunternehmer betrachten aber einen Manager nicht eigentlich als einen Unternehmer, auch wenn man vom „Auftragsunternehmer“ spricht. Er hat zwar Führungsfunktionen, ist aber in der Regel nicht mit persönlichem Eigentum an das Unternehmen gebunden. Deswegen reichen seine Lebenspläne und sein Ehrgeiz häufig über das Schicksal des Unternehmens, in dem er vorübergehend beschäftigt ist, hinaus. Er hat etwas von der Natur des **Condottiere**, der sich wechselnden Herren verbindet, je nach seinem persönlichen Vorteil. Er haftet mit der Reputation und seiner Stellung. Aber nie steht seine ganze wirtschaftliche Existenz auf dem Spiel. Ihm ist auch eine respektable Weiterexistenz nach dem Untergang des Unternehmens, dem er gedient hat, möglich, selbst wenn er am Untergang mitschuldig war. Das Unternehmen ist vielleicht nur eine Zwischenstation in seiner Karriereplanung. Warum sollte er an Nachhaltigkeit und die kommenden Generationen denken?

Falsche Prognosen

Die Eigentümerunternehmer, die Familienunternehmer, die ich hier vertrete, standen bei einigen berühmten Autoren auf dem Aussterbeetat. So waren Karl Marx, James Burnham (1942, „Regime der Manager“) oder John Kenneth Galbraith (1968) Untergangspropheten. Und leider selbst Schumpeter, der einerseits den „Pionierunternehmer“ und seine Dynamik so eindrucksvoll beschrieben hat, war andererseits einer der Propheten, die den Untergang des Kapitalismus und des Familienunternehmertums voraussagten. Seine Begründung: der Kapitalismus würde in eine Stagnationsphase kommen, die Investitionschance schwinde, die Märkte seien gesättigt, neue Gebiete nicht mehr zu erschließen, auch die Bevölkerung stagniere. So veralte auch die Unternehmerfunktion. Der innovative Unternehmer werde entbehrlich, die Erfindung werde Sache von Spezialistengruppen in Großunternehmen; Büro- und Kommissionsarbeit ersetze die individuelle Aktion; für die „Visionen“ der Führenden, für die Romantik des Wettbewerbskampfes sei kein Platz mehr; es gebe nur noch Büroarbeiter oder Manager. Schließlich werde der Unternehmer durch den Spezialistentyp ersetzt und das Bürgertum als Klasse enteignet. Die wahren Schrittmacher des Sozialismus seien die Vanderbilts, Carnegies, Rockefeller (heute: Bill Gates). An die Stelle des Eigentümers treten Bezugsorgane, bezahlte Direktoren und Unterdirektoren. Wirkliches persönliches Eigentum mit entsprechenden moralischen Treuepflichten gäbe es dann nicht mehr. „Zuletzt bleibt niemand mehr übrig, der sich wirklich dafür einsetzen will“. Schumpeter prognostizierte, dass mit der Auflösung der bürgerlichen Familie das Denken in Generationen schwinden und das Sparen als

Tugend in Misskredit geraten werde. Es werde sich der „sozialistische Grundplan“ durchsetzen; Fortschritt werde nun von den herrschenden Großunternehmen systematisch geplant.

Sie sehen, auch solche Kapazitäten können sich in einem Maße irren, was Zukunftsprognosen betrifft, dass man nur staunen kann. Die tatsächliche historische Entwicklung belegt das genaue Gegenteil. Der typische Eigentums- und Familienunternehmer ist weiterhin die Basis der Marktwirtschaft und ihrer ständigen Regeneration, in Deutschland und überall sonst in der Welt. Was scheiterte und jämmerlich unterging, waren die sozialistischen Kombinate und die zentrale Wirtschaftslenkung: der „sozialistische Grundplan“.

Hierzu einige Zahlen:

Wir haben derzeit in Deutschland fast dreieinhalb Millionen selbständige Existenzen. Lassen wir die ganz kleinen außen vor, sind 80 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als einer Million Euro Umsatz Familienunternehmen. Ca. 45 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Millionen Euro Umsatz desgleichen. Und sogar, was die wenigsten wissen, 51 Prozent der 250 größten an der Frankfurter Börse notierten Unternehmen sind ebenfalls Familienunternehmen. Man kann auch nicht behaupten, dass die Anzahl der Unternehmen rückläufig sei. Von allen vor 1945 gegründeten Unternehmen sind noch heute mehr als die Hälfte Familienunternehmen. Mehr als 90 Prozent aller Familienunternehmen werden von einem oder mehreren Mitgliedern geführt.

Deutschland hat, wie fleißige Leute ermittelt haben, in der Gruppe der kleineren Familienunternehmen 1.130 Weltmarktführer, heimliche Weltmeister in ihrem Produktsegment. Neben diesen kleinen oder mittelgroßen Superstars gibt es dann die ganz großen Familienunternehmen, die sämtlich einmal als kleine unbekannte Familienfirma gestartet sind: Aldi ist darunter oder Bertelsmann oder Oetker; aber ebenso BMW, Porsche, C & A oder Bitburger, Haniel oder L'Oreal.

Solange unsere Wirtschaft und die gesamte Weltwirtschaft von großen, kleinen und mittleren Familienunternehmen beherrscht wird und alle diese Firmen ständig ihre Pflicht der Knappheitsüberwindung tun, muss man sich um die Zukunft nicht sorgen. Es sind eigentlich nur die Großkonzerne, in denen dann entsprechend auch die Skandale groß sind, oder dazu gemacht werden, die das Ansehen von Unternehmertum und Marktwirtschaft in Deutschland beschädigen. Aber, bei aller Kritik, die, wie in Deutschland typisch, immer gleich ins Hysterische geht, es gibt keine irgendwie akzeptable Alternative zu Marktwirtschaft und Unternehmertum. Es geht immer nur darum, die Marktwirtschaft zu verbessern, z. B. durch eine Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens. Derzeit haben wir gar keine „Soziale Marktwirtschaft“ im Sinne Erhards mehr, sondern eine wohlfahrtsstaatlich degenerierte Marktwirtschaft.

Diese von aufpeitschenden Massenmedien getriebene allgemeine Missgestimmtheit folgen dann weitere Regulierungen, zusätzliche Eingriffe in Eigentum und in die Freiheit der unternehmerischen Disposition, etwa die „Reichensteuer“ oder den Zwang, sein Einkommen bekannt zu geben oder die Diskussion um Höchst Einkommen!

Wie ja die ganze Tagung und einige Referate zeigen, sind Unternehmertum und unternehmerischer Geist in der Tat (trotz aller guten Konjunktur) derzeit latent bedroht und dies

durch massive Eingriffe in unternehmerisches Eigentum und unternehmerische Freiheit. Dies betrifft auch Eigentum und Freiheit der Arbeitnehmer, die in einer Marktwirtschaft ebenfalls frei sein müssen, um systemadäquat zu reagieren!

Sozialisierung der Einkommen: Immer weniger Netto

Die Sozialisierung der Produktionsmittel ist zwar derzeit außer Mode, obwohl etliche Gemeinden derzeit ihre zuvor privatisierten Betriebe wieder gern „rekommunalisieren“ und der Sozialisierungsparagraph (Artikel 15) auch nach der Wiedervereinigung unbegreiflicherweise nicht aus dem Grundgesetz verschwunden ist. **Man sozialisiert heute nicht die Fabriken, man sozialisiert das Einkommen.** Ergebnis: der Ein-Drittel-Netto-Staat, der Taschengeldstaat. Wenn Sie alles an Abzügen, auch indirekten, zusammenrechnen, behält ein durchschnittlicher lediger Facharbeiter heute gerade nur ein Drittel Netto übrig. Allein über 40 Prozent seines Einkommens nötigt ihm der Staat ab, um ihn sozial zu „schützen“. Schutz gegen Herrschaft, ein verhängnisvoller Tausch.

Es ist, meine Damen und Herren, vollkommen klar, dass diese Art der Bevormundung auch den unternehmerischen Geist der Arbeitnehmer beeinträchtigt, eine Bereitschaft zur Passivität und Unterordnung schafft und auch rein materiell die Chance untergräbt, aus eigenen Mitteln zur Selbständigkeit aufzusteigen. Unser Umlageverfahren verhindert ja systematisch Kapitalbildung (daher das Einfliegen von helfenden und suchenden im Grunde ja sehr nützlichen „Heuschrecken“.

Wir haben vor einigen Jahren als Verband versucht, den sogenannten Halbteilungsgrundsatz, den das Bundesverfassungsgericht unter Kirchhof einmal beiläufig verkündet hatte, durch dasselbe Gericht präzisieren zu lassen. Leider ist uns dies nicht gelungen. So gibt es keinerlei Grenzen für das Recht des Fiskus, sich Einkommensbestandteile anzueignen, außer einer sogenannten „Entdrosselungsgrenze“, also wenn der Steuerklient bereits im Todeskampf röchelt. Für den Staat gelten offenbar nicht die Zehn Gebote, z. B. nicht das: Du sollst nicht stehlen!

Wie unternehmerfeindlich und reaktionär weite Teile unseres Arbeitsrechts sind, muss ich hier nicht weiter erläutern. Arbeits- und Sozialrecht konservieren die Schwäche des Arbeitnehmers; unsere Arbeitslosenziffern – unbeschönigt ca. fünf Millionen - sind nur die natürlichen Folgen eines überwuchernden Arbeits- und sozialen Schutzrechtes.

Bei der Durchsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien war besonders bemerkenswert, dass ein eigentliches Gefecht gegen die Anmaßung des Staates, die Vertragsfreiheit zu regulieren, gar nicht stattfand. Selbst von unternehmerischer Seite, selbst von der FDP kamen im Wesentlichen bloße Kostenargumente.

Von wenig unternehmerischem Geist zeugen auch Einzelheiten unseres sogenannten Verbraucherschutzes, der eine Tendenz zur Verbraucherverdummung aufweist, indem er verhindern will, dass die Verbraucher durch Erfahrungen, wozu auch negative Erfahrungen gehören, kundig, klug und sorgfältig werden im Umgang mit den Warenangeboten (Beispiele: vertragliche Widerrufsmöglichkeiten, überzogene verbindliche Gewährleistungsfristen etc.).

Regulierung, Bürokratisierung

Lassen Sie mich kurz eine Bemerkung zur angeblich rückläufigen Staatsquote machen. Die Methode ihrer Berechnung ist mit Skepsis zu betrachten. So ist das ganze wirtschaftliche Imperium des Staates, soweit es nur scheinprivatisiert ist, in dieser Quote nicht berücksichtigt. Die hochsubventionierte Deutsche Bahn galt somit als privater Betrieb. Ferner werden die Kosten perfektionistischer Überregulierung der deutschen Unternehmen hierbei überhaupt nicht berücksichtigt. Wie teuer sind die Auswirkungen z. B. der Antidiskriminierungsgesetzgebung, des Arbeitsrechts, die Kosten, die aus der übertriebenen Präventionstätigkeit der Berufsgenossenschaften auf die Privaten zukommen?

Realistisch hat schon Tocqueville vor mehr als 150 Jahren den Geist des regulierenden Wohlfahrtsstaates beschrieben: „... breitet er seine Arme über die Gesellschaft als Ganzes aus. Er bedeckt ihre Oberfläche mit einem Netz verwickelter, äußerst genauer und einheitlicher kleiner Vorschriften, die die ursprünglichsten Geister und kräftigsten Seelen nicht zu durchbrechen vermögen, um sich über die Menge hinauszuschwingen. Er bricht ihren Willen nicht, aber er weicht ihn auf und beugt und lenkt ihn; er zwingt selten zu einem Tun, aber er wendet sich fortwährend dagegen, dass man etwas tue; er zerstört nicht, er hindert, dass etwas entstehe; er tyrannisiert nicht, er hängt, er drückt nieder, er zermürbt er löscht aus, er stumpft ab und schließlich bringt er jedes Volk so weit herunter, dass es nur noch eine Herde ängstlicher und arbeitsamer Tiere bildet, deren Hirte die Regierung ist.“

Demokratie als Risiko für Eigentum und Freiheit

Meine Damen und Herren, ich muss leider feststellen, dass die Demokratie mit ihrem gleichen Wahlrecht und damit der großen Majorität der „Schlechterverdienenden“ eine ständige Bedrohung für das freie Gefüge einer erfolgreichen Gesellschaft ist, die sich auf ungleiches Privateigentum und Erfolgsbelohnung stützt. Die Versuchung für Politiker und die von ihnen bedienten Massen ist groß und für viele von ihnen unwiderstehlich, auf Kosten der Erfolgreichen und Wohlhabenderen Geschenke zu verteilen. Der Staat wird so mehr und mehr zu einem Mittel, in dem alle auf Kosten aller anderen leben wollen. Natürlich ist dies eine Illusion. So gehen wir einer „**Rentnerdemokratie**“ entgegen, mit mehr Leuten, die von Transfers leben als selber erwerbstätig sind. Wir können als ziemlich sicher annehmen, dass durch die Überalterung, kombiniert mit der demographischen Fehlentwicklung, die auch nur natürliche Folge des Wohlfahrtsstaates ist, sich unsere ökonomischen Strukturen weiter verschlechtern und sich gleichzeitig auch die Brutto-Netto-Schere weiter öffnet.

Mehr Unternehmertum, mehr Netto!

Welches ist die Antwort auf unsere Existenzprobleme, die namentlich nach 2015 rapide zunehmen werden (Staatsverschuldung / Überalterung / demographischer Schwund treffen zusammen!)? Die Antwort kann nur lauten: Mehr unternehmerisches Denken, mehr unternehmerische Initiative, Unternehmerische Mobilisierung der Reservearmeen, vor allem unter der älteren, aber noch rüstigen Bevölkerung. Im übrigen hat mein Verband unter dem populären Titel „Mehr Netto für alle“ nicht nur das individuelle Urrecht auf den Ertrag der eigenen Arbeit zurückgefordert, sondern auch im Rahmen der Strukturreform des Wohlfahrtsstaates die **Eigenzuständigkeit für die eigenen Probleme nach dem Subsidiaritätsprinzip**.

Unternehmertum und unternehmerisches Denken werden in Deutschland in Zukunft eine größere Rolle spielen müssen, als bisher. Dies gilt wahrscheinlich für alle europäischen

Wohlfahrtsstaaten und darüber hinaus für die Länder, die den Sozialismus überstanden haben. Amerika ist wieder einmal besser dran!

Wie man die unternehmerischen Reserven für die Zukunft mobilisiert und sogar das Sozialprodukt bis 2033 verdoppelt, das haben kürzlich Peer Ederer, zusammen mit Philipp Schuller und Stephan Willms in ihrem „Geschäftsplan Deutschland“ dargetan. Es ist dies die aktualisierte Fortsetzung der Bilanz Deutschland AG von 1999. Diese optimistische Schrift ist methodologisch gewiss angreifbar. Aber lieber zu viel Optimismus als zu wenig! Ich darf daraus zum Abschluss zitieren:

In den 1970er Jahren waren viele Institutionen des Westens an ihrem Tiefpunkt angekommen: In Asien siegte der Sozialismus, in Afrika scheiterte die Dekolonialisierung, in Lateinamerika regierte das Militär und zu Hause lähmten Inflation, Energiekrise und Arbeitslosigkeit. Die Situation rief nach einer grundlegenden Modernisierung.

Viele Länder haben in den 1980er Jahren auf diese Herausforderung reagiert. Ronald Reagan, Margaret Thatcher oder Yasuhiro Nakasone wurden zu Symbolen dieser Modernisierung, die alte Dogmen wie Monetarismus oder die Staatswirtschaft über Bord warf und neue Wege für Fortschritt und Wachstum beschritt. Nicht nur im Westen: in der Sowjetunion leitete Michael Gorbatschow den Anfang vom Ende des Kommunismus ein, in China legte Deng Xiaoping die Grundsteine für eine atemberaubende Entwicklung und Nelson Mandela gab Afrika die Hoffnung zurück. Die Eliten dieser Gesellschaften bestimmten Ziele, entwickelten geeignete Strategien und stellten sie zur Debatte. Sie gewannen die notwendige politische Legitimation und machten sich an die Arbeit.

Und in Deutschland? Die Eliten in Politik und Wirtschaft zogen es vor, dem Wandel aus dem Weg zu gehen. Nicht einmal der Glücksfall Wiedervereinigung geriet zur Chance für den institutionellen Neuanfang, sondern diente der Verfestigung des Überkommenen. Politiker, die für Aufbruch standen, haben sich in allen Parteien von der Politik abgewandt, weil sie im entscheidenden Moment abseits dastanden. Seit einiger Zeit wird Deutschland von Personen geführt, denen die Macht Selbstzweck ist anstatt Instrument der Realisierung einer Vision der Zukunft. Dass sie dann auch im Ruhestand keine staatsmännische Rolle spielen, ist nur konsequent. Die Fußstapfen von Willy Brandt, Alfred Herrhausen und Wolfram Engels sind verweht. Unternehmer und Denker, die diesem Land strategische Weitsicht leihen könnten, treten zu selten auf. Das Unternehmensmanager ihre Unternehmensinteressen vertreten, ist legitim. Dass sie nicht mehr tun, ist kurzsichtig. Strategisches Denken müsste doch ihre Domäne sein. Die Finanzierung von Museen und Fußballvereinen ist weder Ersatz noch Entschuldigung für fehlende **gesellschaftspolitische** Verantwortung.

Die Zurückhaltung der Eliten ist nur die eine Seite der Medaille. Denn in einer Demokratie kann gesellschaftliche Veränderung nicht an Politiker oder Wirtschaftsbesitzer delegiert werden. Sie wird erst durch eine Veränderung im Bewusstsein legitimiert und möglich. In Deutschland regiert mehr als anderswo der Konsens und deswegen werden die Deutschen ihre Zukunft nur gemeinsam gestalten. Der Diskurs über die zukünftigen Grundlagen des deutschen Wohlstands und der Möglichkeit, auf die Entwicklung der Welt einzuwirken, ist im Gang. Doch er droht sich zwischen den allabendlichen Politiktalkshows und den gut organisierten Partikularinteressen zu verheddern, weil er bisher alles ist - moralisch, ordnungspolitisch, apokalyptisch – nur nicht strategisch, also an konkreten, realistischen und langfristigen Zielen orientiert.

Die Autoren fahren fort, dass ihr Buch hierzu einen Beitrag leisten will. Sie legen den Schwerpunkt auf Bildung, auf Schulen und Hochschulen, auf die Mobilisierung des Humanvermögens und beschäftigen sich konstruktiv mit qualifizierter Immigration. Als „Alternativszenario“ sehen sie nur einen sanften Niedergang. Es wird, schreiben die Autoren, noch viele Jahre dauern, bis Deutschland zu einem armen Land wird. Die Politik wird theatralisch, die Theater kritisch, das Fernsehen bunt und die Sommer schön bleiben. Niemand müsste Hunger leiden, aber immer mehr Einkommenstransfers würden die Arbeits- und Investitionsanreize und damit das Wachstum weiter senken. Weite Teile Deutschlands würden entvölkert und „zurückgebaut“, wie schon jetzt in einigen Regionen Ostdeutschlands. Es wäre ein Deutschland des Mittelmaßes. „Wäre das das Deutschland, an das Kant und Schiller dachten, dessen internationale Reputation Humboldt und Virchow schufen und dessen wirtschaftliche Grundlage Siemens und Rathenau legten? Wäre das das Deutschland der vom Stein, Bismarck und Ebert, der Adenauer und Brandt? **Deutschland hat oft genug an seiner Mittellage gelitten, doch Mittelmaß wollte es nie sein.**“

Und, meine Damen und Herren, zu dieser gleich bleibend oder neu zu erlangenden Exzellenz müssen die Unternehmer der Zukunft, werden wir jungen Unternehmer entscheidend beitragen und auch die ganze Bevölkerung durch eine mehr unternehmerische Haltung zum Leben. Die Politik erfüllt ihre Aufgabe, indem sie einer gut qualifizierten, leistungsbereiten und selbständig denkenden Bevölkerung aus der Sonne geht. Auch darum: „Mehr Netto für alle“.